

21. Februar 2008

www.kasmex.org.mxwww.kas.de

Ein weiterer Schritt im schleichenden Abschied – Der Rückzug Fidel Castros

Fast fünfzig Jahre nach seinem triumphalen Einzug in Kubas Hauptstadt Havanna und rund 19 Monate nach seinem vorübergehenden Rückzug von den Staatsämtern aus Gesundheitsgründen hat Kubas Führer Fidel Castro nun auch offiziell seinen formellen Machtverzicht erklärt: Am 19. Februar erklärte der greise *Commandante*, nicht mehr für seine bisherigen Ämter als Staatschef und Oberkommandierender der Streitkräfte zu kandidieren, wenn am 24. Februar die kubanische Nationalversammlung - das gerade neugewählte „Parlament“ der Insel - zusammentritt, um die 31 Mitglieder des Staatsrates zu wählen. Seine „physische Verfassung“, so der 81jährige Castro, erlaube ihm nicht weiter die Ausübung von Ämtern, die „vollen Einsatz“ erforderten.

Der Übergang hatte sich lange angebahnt und geriet so eher zu einer Formalität: am 31. Juli 2006 hatte Castro bekanntgegeben, er lasse seine Ämter aus gesundheitlichen Gründen vorläufig ruhen – sie gingen einstweilen auf seinen inzwischen 76 Jahre alten Bruder Raúl über, den bisherigen Stellvertreter in diesen Funktionen. Dieser ließ sich fast ein Jahr des Stillstandes Zeit, ehe er am 26. Juli 2007 angekündigte, Kuba brauche „strukturelle und konzeptionelle“ Reformen. Gleichzeitig rief er die Bevölkerung dazu auf, über die entsprechenden Notwendigkeiten zu diskutieren, ein Appell, dem rund eine Million von Meinungsäußerungen folgten. Sie bündelten sich zu inoffiziellen „Reformlisten“, etwa mit Vorschlägen zur Lockerung der kubanischen Ausreisebestimmungen, zu Agrarreformen, zu den Ausweitungen der freien Märkte bzw. des Landbesitzes in Privathand, aber auch so

unmittelbaren Wünschen wie denen nach der Möglichkeit, einen Mobilfunkanschluss zu erhalten oder sein Auto frei verkaufen zu können.

Allerdings bleibt Fidel Castro noch Vorsitzender des Politbüros der Kommunistischen Partei Kubas (PCC), bis ein Parteikongress zusammentritt. Seit Gründung der Partei im Jahre 1965 ist Castro ihr Erster Sekretär, gewählt von einem 112köpfigen Zentralkomitee und als Führungsfigur des 21köpfigen Politbüros. Die Parteistatuten sehen alle fünf Jahre entsprechende Wahlen vor – 2002 und 2007 allerdings fanden die entsprechenden Kongresse ohne Begründung nicht statt.

Auch kündigte er an, er verabschiede sich keineswegs – auch weiterhin werde er sich etwa mit Beiträgen in der Parteizeitung *Granma* zu Wort melden. „Ich bin“, so Castro, „eine Waffe mehr im Arsenal, mit der man rechnen kann. Vielleicht hört man meine Stimme. Damit werde ich vorsichtig umgehen.“ Interpretieren lässt sich dies dahingehend, dass auch künftig seine Nachfolger keineswegs freie Hand haben werden und sich vorsehen müssen, nicht den Zorn des greisen Übervaters der Revolution zu erregen – ein Zustand, der schon seit längerem gerade eher reformfreudig orientierte Kräfte lähmt.

„Kein Fortschritt für die Menschenrechte“

Entsprechend zurückhaltend fallen auch die Kommentare der demokratischen Opposition auf Kuba aus. „Raúl“, so etwa Vladimiro Roca, „ist seit August 2006 im Vollbesitz der Macht und nichts ist passiert. Ein wirkli-

21. Februar 2008

www.kasmex.org.mx

www.kas.de

cher Wechselbeweis wäre, wenn die politischen Gefangenen freigelassen und nicht einfach deportiert würden“. Damit spielte er auf die jüngst offenbar auf spanische Vermittlung hin erfolgte Freilassung und anschließende Ausweisung von drei Gewissensgefangenen an. Elizardo Sánchez äußerte, er erwarte aus der Sicht der Menschenrechte keinen positiven Einfluss dieses Schrittes von Fidel Castro, Sacharow-Preisträger Osvaldo Payá forderte zurückhaltend einen gemeinsamen Blick aller Kubaner in die Zukunft, auf der Basis gegenseitigen Respekts und der Beachtung der Grundrechte für alle.

Deutlich wurde die internationale Menschenrechtsorganisation *Amnesty International*: „Die neue kubanische Führung sollte die Chance nutzen, die durch diesen Wechsel entstanden ist, um die notwendigen Reformen zur Einhaltung der Menschenrechte voranzutreiben“, hieß es in einer Erklärung. Gleichzeitig forderte *Amnesty* Freiheit für die politischen Gefangenen auf Kuba, die Abschaffung der Todesstrafe, eine unabhängige Justiz und Einreisemöglichkeiten für unabhängige internationale Beobachtermissionen.

Reaktionen in aller Welt

Seitenlang beschäftigen sich die Zeitungen in Lateinamerika mit Castros Rücktritt, seiner Lebens- und Kubas Revolutionsgeschichte. Je nach politischer Färbung unterschiedlich fielen die internationalen Reaktionen aus. „Er ist nicht zurückgetreten und wird weiterhin für die kubanische Revolution kämpfen“, tönte etwa Hugo Chávez, engster Verbündeter Castros und Staatschef von Venezuela, dass dem Inselregime mit Milliardensummen wirtschaftlich den Rücken freihält. „Tiefen Schmerz“ äußerte Boliviens Präsident Evo Morales: „Ich habe viel von ihm gelernt, gerade Einheit und Solidarität“, so der Politiker, der in seinem Heimatland gerade auch an der Spitze der Gewerkschaft der Koka-Anbauer bestätigt wurde. Nicaraguas sandinistische Führung nannte Castro „einen Giganten der Humanität“. Geradezu emphatisch der brasilianische Staatspräsident Luiz Ignacio Lula da Silva: mit Castro,

so der Brasilianer, trete der „einzige noch lebende Mythos der Menschheit ab.“

Andere lateinamerikanische Staaten äußerten sich zurückhaltender. Mit Würdigungen der Lebensleistungen von Fidel Castro verbanden sie zum Teil Wünsche nach weiteren demokratischen Fortschritten auf Kuba. Drastisch die Aussage von Costa Ricas Präsident Oscar Arias: „Eine wirkliche demokratische Öffnung wird es erst mit Castros Tod geben.“ Gleichwohl ist vielerorts – gerade in den Kuba nähergelegenen Anrainerstaaten – eine gewisse Erleichterung darüber spürbar, dass der Transitionsprozess auf der Insel weiterhin in ruhigen und wenig dramatischen Bahnen verläuft. Ein chaotischer Zusammenbruch des Regimes nämlich, gepaart etwa mit einem Massenexodus Hunderttausender von Kubaner, würde hier ebenso als Albtraum empfunden wie in den USA.

Besondere Aufmerksamkeit findet Castros Rücktritt in Mexiko, dem Land, wo er vor Beginn der kubanischen Revolution und nach seiner Zeit in kubanischer Haft das Exil verbrachte und seine Rückkehr nach Kuba vorbereitete. Die Yacht *Granma* mit der 82 Mann starken Rebellengruppe stach von Mexiko aus in See, jahrzehntelang herrschte eine Sonderbeziehung zwischen den „Revolutionsregierungen“ von Mexiko und Kuba. Das mexikanische Außenministerium drückte jetzt die Erwartung aus, den Prozess der beiderseitigen Wiederannäherung fortzusetzen, der vor einigen Monaten begonnen hat. Der Entschluss Castros sei von weitreichender Bedeutung für das politische Leben Kubas, dessen Souveränität und Selbstbestimmungsrecht Mexiko ausdrücklich anerkenne. Vor wenigen Tagen hatte das Land Kreditstreitigkeiten mit Kuba beilegen können, für Mitte März ist der Besuch der mexikanischen Außenministerin Patricia Espinosa auf Kuba vorgesehen. Die Beziehungen beider Länder galten während der Regierungszeit des mexikanischen Präsidenten Vicente Fox als gestört, hatte dieser doch vor allem auf die Einhaltung der Menschenrechte auf Kuba gedrungen und in UN-Gremien entsprechend abgestimmt – ein klarer Bruch mit der jahrzehntelang gültigen mexikanischen Politik einer Stimmenthaltung. Le-

21. Februar 2008

www.kasmex.org.mx

www.kas.de

gendär der von Fidel Castro verdeckt mitgeschchnittene Wunsch von Fox bei einer Konferenz in Mexiko, zu der auch US-Präsident Bush erwartet wurde und bei dem es ein Zusammentreffen der beiden zu vermeiden galt: „Du kannst noch was essen und dann verschwinden“ – „Comes y te vas!“

Aus Washington kam einstweilen die Aussage, eine Veränderung der US-Politik werde Castros Amtsverzicht nicht auslösen. „Bis jetzt“, so Außenamtssprecher Sean McCormack, „haben wir in den vergangenen fünfzig Jahren keinen Unterschied zwischen einer Regierung von Raúl Castro und einer Regierung von Fidel Castro gesehen.“ Präsident Bush erklärte während seiner Afrika-Reise, an eine Aufhebung des seit 1962 bestehenden US-Embargos gegen die Insel sei nicht zu denken. „Ich“, so Bush, „sehe die augenblickliche Phase als eine der Transition und es könnte der Beginn eines demokratischen Übergangs für das kubanische Volk werden.“

Immerhin haben fast zeitgleich 104 Abgeordnete des amerikanischen Kongresses, unter ihnen acht Republikaner, in einem Brief an Außenministerin Rice gefordert, die US-Politik gegenüber Kuba wegen ihrer fünfzigjährigen Erfolglosigkeit einer „Totalrevision“ zu unterziehen. Aus dem laufenden Vorwahlkampf heraus hielten sich alle drei aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten beider Parteien zurück. Barack Obama etwa erklärte „signifikative Veränderungen“ seitens der kubanischen Führung zur Voraussetzung für normalisierte Beziehungen zu den USA und für eine Flexibilisierung der Embargopolitik.

Unterschiedlich fielen die Reaktionen in Europa aus. Spaniens Außenminister Miguel Ángel Moratinos sprach verklausuliert von einer wichtigen Entscheidung Castros und betonte, Spanien sei „dafür, die Kubaner bei den Entscheidungen über ihre Zukunft zu begleiten und zu unterstützen“. In Frankreich nannte der im Außenministerium für Europafragen zuständige Jean Pierre Jouyet das Castro-Regime ein „Symbol des Totalitarismus.“ Er hoffe, dass Castros Rücktritt den Weg zu mehr Demokratie im Lande freimache. Castros Schritt, so auch die *Europä-*

ische Volkspartei, sei nicht hinreichend, wenn die Macht gleichwohl in seiner Familie und seinem engsten Umfeld verbleibe. Sprecher der *Europäischen Union* boten einmal mehr einen konstruktiven Dialog mit Kuba an, sollte das Land auf der Basis des Gemeinsamen Standpunktes der EU in Richtung einer pluralen Demokratie gehen wollen.

Ruhe im Lande

Auf Kuba selbst wurde die Nachricht von Castros Ämterverzicht mit großer Gelassenheit aufgenommen. Die 19monatige Übergangsphase hatte die Bevölkerung hinreichend auf diesen Moment vorbereitet, zwischen Skepsis und Hoffnung schwanken die Erwartungen für die Zukunft.

Während allgemein angenommen wird, dass Raúl Castro auch weiterhin die Führung fest in der Hand behalten wird, machen sich hinter ihm mehrere aussichtsreiche Nachfolger bereit, wenn auch dem immerhin schon 76jährigen Raúl die Stunde schlagen sollte. Allen voran sind der 56jährige stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates Carlos Lage – der Architekt der vorsichtigen Wirtschaftsreformen auf Kuba nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers – und der erst 42jährige Außenminister Felipe Pérez Roque zu nennen, eine Art politischer Ziehsohn Fidel Castros, früher dessen persönlicher Sekretär und oft als sein „Briefträger“ bezeichnet, wenn es um besondere Missionen ging. Auch dem früheren Außenminister Ricardo Alarcón wird zugetraut, wieder eine zentralere Position einzunehmen.

Erste Nachrufe

Auch wenn es für Nachrufe auf Fidel Castro noch etwas zu früh erscheint, finden sich bereits allerorten Bilanzen seines politischen Wirkens. Dabei wird meist die verheerende Menschenrechtsbilanz seiner Regierungszeit – Tausende von Hinrichtungen nach der Revolution, Zehntausende ertrunkene Kuba-Flüchtlinge, politische Gefangene und offene Unterdrückung – einer Sozialbilanz gegenübergestellt, die auch von internationalen Organisationen wie der UNO gute Noten er-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO MEXIKO

FRANK PRIESS

21. Februar 2008

www.kasmex.org.mx

www.kas.de

hält: hohe Lebenserwartung, geringe Säuglingssterblichkeit, ein allen zugängliches Bildungssystem, eine gerade im lateinamerikanischen Vergleich akzeptable Gesundheitsversorgung. Dazu kommt: der „Mythos Fidel“ lebt, gespeist nicht zuletzt durch seine David gegen Goliath-Attitude vor der Haustür der mächtigen und gerade in Lateinamerika unbeliebten USA. Diesen kann dann – die Embargo-Politik machts möglich – unter dem Stichwort „Boycott“ auch die Verantwortung für alles in die Schuhe geschoben werden, was etwa mit Versorgungsengpässen der kubanischen Bevölkerung zu tun hat. Das diese Geschichte den Fakten schon längst nicht mehr standhält, bleibt nebensächlich.

Über den Weg, den Kuba nun einschlagen wird, herrscht weitgehende Unklarheit. Eher, so ein gewisser Konsens, werde es weitere wirtschaftliche Öffnung und Liberalisierung geben – analog der Reformen in der „Spezialperiode“ nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – weniger seien Fortschritte auf dem Weg einer Demokratisierung zu erwarten. Die Staats- und Parteiführung werde auch weiterhin versuchen, die Zügel fest in der Hand zu behalten, das Militär – selbst ein zentraler Akteur der kubanischen Wirtschaft - bilde einen stabilisierenden Faktor. Erst in einer zweiten Phase – vielleicht in der Nachfolge eines Raúl Castro – könnte wirtschaftliche Liberalisierung auch mehr politische Freiheit nach sich ziehen. Wenn nicht alles ganz anders kommt: Nicht zum erstenmal nämlich könnten schüchterne Reformschritte und eine gewisse Lockerung zu Bewegungen führen, die enorme Eigendynamik entfalten und sich eben nicht mehr von oben kontrollieren lassen. Und genau davor hat die kubanische Führung Angst.